



Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Martin Boesch: Ethos für die städtische Versicherungskasse; Beantwortung

Am 26. April 2010 reichte Martin Boesch die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Ethos für die städtische Versicherungskasse" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1. Die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen, welche die berufliche Vorsorge für die Mitarbeitenden der Stadt St. Gallen und angeschlossener Institutionen führt, ist eine Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts, für welche die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufliche Vorsorge (BVG) massgebend sind. Die Versicherungskasse wird durch eine paritätisch besetzte Verwaltungskommission geleitet, die im Rahmen des BVG und des vom Stadtparlament erlassenen Reglements für die Geschäftsführung und namentlich für die Kapitalanlage der Versicherungskasse verantwortlich ist. Oberstes Ziel ist die Sicherstellung der aktuellen und zukünftigen Rentenverpflichtungen. Zentrale Aufgabe der Verwaltungskommission ist grundsätzlich eine Vermögensanlage, die unter Beachtung der Sicherheit und der Liquiditätsbedürfnisse auf das Wachstum des Vermögens ausgerichtet ist und einen dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechenden Ertrag erzielt und damit sicherstellt, dass die Leistungen der Versicherungskasse erbracht werden können (Art. 1 Abs. 2 des Reglements der Verwaltungskommission der Versicherungskasse über die Anlage des Kassenvermögens vom 3. Mai 1999, sRS 194.12). In diesem Rahmen verfolgt die Verwaltungskommission eine ethisch verantwortbare und nachhaltige Vermögensanlage. Der Anlageausschuss überwacht die Struktur des Vermögens und kann Empfehlungen für die Umschichtung abgeben.

2. Das Reglement der Verwaltungskommission der Versicherungskasse über die Anlage des Kassenvermögens bestimmt, dass die Versicherungskasse an Generalversammlungen der



Unternehmen, an denen die Versicherungskasse Beteiligungen hält, in der Regel nicht teilnimmt (Art. 7bis Abs. 1). In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorsitzende der Verwaltungskommission jedoch einen gegenteiligen Entscheid treffen. Dabei wird gleichzeitig die Stimmabgabe festgesetzt (Art. 7bis Abs. 2).

Mit der grundsätzlichen Frage, ob die Versicherungskasse an Generalversammlungen teilnehmen und - allenfalls durch von ihr beauftragte Drittinstitutionen - von ihren Aktionärsrechten Gebrauch machen sollte, hat sich der Anlageausschuss der Verwaltungskommission der Versicherungskasse in den Jahren 2002 und 2008 an mindestens drei Sitzungen vertieft befasst. Er ist 2002 wie auch im Jahre 2008 zum Schluss gelangt, dass triftige Gründe für eine solche Zurückhaltung bestehen. Der jetzige Art. 7bis des Reglements über die Anlage des Kassenvermögens beruht auf jener Beurteilung. Für die Versicherungskasse bestehen gewichtige Gründe der Praktikabilität, welche - in der Regel - den Verzicht auf die Teilnahme an Generalversammlungen und die Ausübung der Aktionärsrechte rechtfertigen. Da, wie in Ziff. 1 erwähnt, das oberste Ziel der Versicherungskasse die Sicherstellung der aktuellen und zukünftigen Rentenleistungen ist, trifft sie ihre Entscheide aufgrund der Bonität respektive des Entwicklungspotenzials des Investments. Sie desinvestiert eine Anlage, sobald diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. Sie hat demzufolge ihre Entscheide langfristig im Rahmen der Umsetzung ihrer Anlagestrategie und nicht über die Teilnahme an Generalversammlungen zu treffen. Die Analyse von Anträgen an die Generalversammlung erfordert einen erheblichen Aufwand, der primär nicht in direktem Zusammenhang mit dem langfristigen Potenzial einer Anlage steht. Die Zukunft einer Anlage hängt vielmehr ab von strategischen Entscheiden des Verwaltungsrates respektive der Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds. Das Abstellen auf Drittanalysen - ohne dass die Versicherungskasse die Kapazität hätte, solche Drittanalysen selber kritisch zu beurteilen - vermag ebenfalls nicht zu befriedigen. Diese Analyse müsste im Übrigen dauernd für alle Unternehmen, die im Portefeuille der Pensionskasse sind, erfolgen. Das spontane Herausgreifen einzelner Gesellschaften und eine Meinungsbildung via die Berichterstattung in den Medien würde der Verantwortung der Pensionskasse nicht entsprechen. Die Ablehnung der Anträge, die der Generalversammlung unterbreitet werden, wird zudem die Ausnahme sein. Unter diesen Umständen sprechen gute Gründe für die bisherige Regelung, die davon ausgeht, dass die Versicherungskasse ihre Verantwortung für ein nachhaltiges und ethisch begründetes Wirtschaften bei der Wahl ihrer Beteiligungen und - jedenfalls in der Regel - nicht bei der Ausübung ihrer Aktionärsrechte wahrnimmt.

3. Im Falle der Generalversammlung der UBS wurden die gleichen Entscheidkriterien angewendet. Die Frage, ob im Fall UBS eine Ausnahme von der Regel gemacht werden sollte, wurde diskutiert. Der Beschluss, auch in diesem Fall auf eine Teilnahme an der Generalversammlung zu verzichten, basiert auf der Erwägung, ob damit für die Erreichung des allge-



meinen Ziels der Sicherstellung der heutigen und zukünftigen Rentenleistungen ein Mehrwert erzielt werden kann. Die Versicherungskasse hätte die Titel verkauft, wenn diese Zielerreichung in Frage gestellt worden wäre. Die Teilnahme an der Generalversammlung hätte für einen solchen Entscheid keine Wirkung gehabt. Mit dieser Abwägung wurde auf eine Teilnahme verzichtet. Da im vergangenen Jahr verschiedentlich Themen aufgekommen sind, die an Generalversammlungen zu Diskussionen geführt haben, hat die Verwaltungskommission respektive der Anlageausschuss entschieden, die Praxis betreffend Teilnahme an Generalversammlungen zu überprüfen.

4. Die Verantwortung für die Anlagen und die entsprechende Strategie liegt bei der paritätisch zusammengesetzten Verwaltungskommission. Sie hat zur Umsetzung der Strategie einen Anlagenausschuss gebildet. Die Umsetzung der Strategie erfolgt auf eine ethisch verantwortbare und nachhaltige Art und Weise.

5. Der Anlageausschuss der Versicherungskasse hat sich im Jahr 2008 intensiv mit dem Thema Ethos auseinandergesetzt. Dabei wurde auch die Ethos Stiftung zu einer Diskussion eingeladen. Sie offeriert Dienstleistungen wie einen Analyse-Service der Generalversammlungstraktanden mit einer Stimmempfehlung. Diese Analysen sind in englischer Sprache abgefasst und umfassen ca. 30 Seiten. Sie müssten seitens der Versicherungskasse analysiert werden. Eine unreflektierte Übernahme der Stimmempfehlung käme im Rahmen der Verantwortlichkeit der Verwaltungskommission nicht in Frage. Aufgrund der schlanken Struktur der Versicherungskassenverwaltung fehlt dafür aber die entsprechende Kapazität. Als weitere Dienstleistung führt Ethos im Auftrag von Schweizer Pensionskassen einen Dialog mit Unternehmungen. Die auftraggebenden Pensionskassen treffen sich jeweils jährlich zur Bestimmung der Themen. Einmal jährlich erfolgt ebenfalls eine schriftliche Information über die Ergebnisse der Gespräche durch Ethos. Diese beiden Dienstleistungen sind kostenpflichtig und würden die Pensionskasse mit mehreren tausend Franken belasten. Zudem führt Ethos eigene Fonds für Pensionskassen und ist damit nicht ganz unabhängig in ihrem Verhalten. In der Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen sowie Mehrwert für die Zielerreichung der Versicherungskasse hat die Anlagekommission im Jahr 2008 von einer Zusammenarbeit mit Ethos abgesehen. Wie unter Ziff. 3 erwähnt, wird die Anlagekommission die Praxis betreffend Teilnahme an Generalversammlungen, und, in diesem Zusammenhang, auch eine Zusammenarbeit mit Ethos noch einmal prüfen.



Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 26. April 2010

